

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Geldabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7455, 7456, 7457.

Volksstimme

Inserate:
Die Gespalt. Zeitzeile kostet 15 Pfg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., amtlich in Frankfurt a. M.

Nummer 264 **Mittwoch den 10. November 1915** **26. Jahrgang**

Die amerikanische Protestnote. Friedensstimmen im englischen Oberhause.

Ein agrarisches Eingeständnis.

Einen recht bemerkenswerten Aufruf erläßt das Mitglied des preussischen Herrenhauses, Wirtl. Geh. Oberregierungs-
rat Graf Kospoth im Scherischen „Tag“ vom 9. November.
Mit anerkennenswerter Offenheit schildert er zunächst die
Kriegsgewinne der Landwirtschaft im ersten Kriegsjahr.
„Unsere wirtschaftliche Lage war eine gute“, so heißt es
da, „weil die Ernte eine gute gewesen. Zu niedrigen Frie-
denspreisen wurde, wenigstens in den Grenzprovinzen, ein
großer Teil der Körnerernte ausgedroschen und abgeliefert
auf Drängen der Regierung; um zu verhindern, daß der etwa
eindringende Feind sich der Getreidevorräte bemächtigen
könnte. Die Fleisch-, Butter- und sonstigen Preise für Lebens-
mittel tierischer Produkte behielten eine mittlere Höhe, da
aus der Friedenszeit her noch genügend Kraftfutter ver-
fügt werden konnte. Dann kam die Festsetzung von Höchst-
preisen, die für die Landwirtschaft bei guter Ernte lohnend
zu nennen waren. Einzelne landwirtschaftliche Produkte
gingen auch rapide in die Höhe, so daß z. B. der Landwirt, der
im August 1914 seinen Raps nicht für 28 Mark verkauft
sondern aufgehoben hatte, ihn später für 60 und mehr Mark
verkaufen konnte. Es wurde Geld verdient, aber nicht nur
vom Großgrundbesitzer, sondern noch mehr vom Kleingrund-
besitz, der nicht in der Lage gewesen war, im August auszu-
dreschen, und der die hohen Preise mitnehmen konnte. Dann
kamen die Maßnahmen der Reichsregierung, die Kartoffeln
betreffend, zuletzt der Höchstpreis von 8.50 Mark für 100
Kilogramm; eine Maßnahme, die dem Reich, da sie später ver-
arbeitet werden mußten, Millionen gekostet hat, die die Land-
wirtschaft verdiente. Auch da war der Kleinbesitz stark be-
teitigt. Habe ich doch einer Kriegswitwe für 25 Zentner
Kartoffeln zwei Hundertmarkscheine auf den Tisch legen
können. Die Einnahmen von 1914 waren eben die Frucht der
im Frieden 1913 ordnungsmäßig bestellten Felder. Ich ge-
he zu, daß das erste Kriegsjahr für die landwirtschaftliche
Bevölkerung ein recht gewinnbringendes gewesen, aber die
Gewinne waren nicht erworben durch Preistreiberei, sondern
sie wurden von der Regierung „aufgedrungen“. Eine solche
Chance mitzunehmen, wird niemand dem Landwirt verdenken
können.“

Welch' eine vernichtende Kritik an der Halbheit der vor-
jährigen Regierungsmassnahmen, namentlich aber an der ver-
kehrten Kartoffelpolitik! Aus agrarischem Munde vernehmen
wir hier, mit welchem Schmunzeln die Landwirte Gewinne
einstreiden, weil die Höchstpreise erst so spät kamen, daß sie
den Konsumenten nichts mehr nützen, dafür aber desto mehr
den mit Waren überladenen Erzeugern, und weil nicht mit der
Beschlagnahme vorgegangen wurde, als das Lebensmittel
mangelte. Diese Schuld kann nach diesem sachmännlichen Zu-
geständnis nicht mehr geleugnet werden!

Aber nach diesem Eingeständnis wirkt der weiterhin in
dem größten Artikel unternommene Versuch, die Landwirte
gegen den Vorwurf der Preistreiberei zur Wehr aufzurufen,
beinahe fast, um so mehr, als der Herr Graf den demagogischen
Kniff nicht verläßt, „den Mann in der Stadt, der mit glän-
zendem Stiefel abends zu dem etwas knappen und teuren Bier
oder in das Kino oder sonst ein Theater geht“, der Bauernfrau
gegenüber zu stellen, deren Mann im Felde steht und die mit
schmutzigen Säcken Kartoffeln aus dem nassen Boden huddelt.
Sollte der gräßliche Geistesgelehrte aus dem preussischen Herren-
hause nicht wissen, daß unter der Fenerung weniger die Män-
ner in der Stadt leiden, die mit glänzenden Stiefeln zu Bier
oder ins Kino gehen, sondern daß es die Millionen armer
Frauen sind, deren Männer auch im Felde stehen und denen
mit den steigenden Gewinnen der Landwirtschaft das tägliche
Mahl bis zum nagenden Hunger eingeschränkt wird.

Es ist niemandem eingefallen, zu bestreiten, daß die Land-
wirtschaft dieses Jahr unter schwierigeren Verhältnissen pro-
duziert als voriges Jahr. Aber angesichts der Not der Massen,
angesichts des Krieges, dessen Lasten nicht allein auf die Besit-
zlosen fallen sollen, kann man verlangen, daß das zweite Kriegs-
jahr nicht auch noch ein „gutes Geschäft“ für die Landwirtschaft
werde. Statt den Landwirten zuzurufen: „Landwirt, Land-
wirt wehre dich!“, sollte sich der Herr Graf schon um seines
Berufes als Gesetzgeber willen, denen anschließen, die mit
größtem Nachdruck von der Gesetzgeberischen, wie von der Re-
gierungsgewalt, sofortige Maßnahmen gegen die Ueberteue-
rung der Lebensmittel fordern.

Die nationale liberale Reichstagsfraktion hat
am 6./7. ds. Mts. in Eisenach eine Sitzung abgehalten. In einer
angenommenen Resolution heißt es u. a.: Die Fraktion beauftragt
aufs lebhafteste, daß die Widerstände innerhalb und
außerhalb der Reichsleitung, die sich einer Regelung
der Lebensmittelfrage entgegenstellten, erst dann überwunden
werden konnten, als eine Notlage weiter Volkstreu-
e infolge Unterlassung solcher Maßnahmen eingetreten war.“ Die
Fraktion hält auch die sofortige Einführung der Vorlage einer
Kriegsgewinnsteuer mit gestaffelten Steuerstufen, nament-
lich für den reinen Spekulationsgewinn, für dringend geboten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 9. Nov. (W. B. Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es sind keine Ereignisse von Bedeutung zu melden.
Versuche der Franzosen, das ihnen am Dillenberg
entzogene Grabensstück zurückzugewinnen, wurden vereitelt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Die russischen Angriffe wurden auch gestern westlich und
südlich von Riga, westlich von Jakobstadt und vor
Dünaburg ohne jeden Erfolg fortgesetzt. In der Nacht
vom 7. zum 8. November waren feindliche Abteilungen west-
lich von Dünaburg in einen schmalen Teil unserer vorderen
Stellung eingedrungen. Unsere Truppen warfen sie im
Gegenangriff wieder zurück und machten 1 Offizier, 372 Mann
zu Gefangenen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Im Laufe der Nacht fanden an verschiedenen Stellen
Patrouillenkämpfe statt.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger.

Bei einem erfolgreichen Gefecht nördlich von Komarow
(am Styr) wurden 366 Russen gefangen genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südlich von Kraljevo und südlich von Krusevac
ist der Feind aus seinen Nachhutstellungen geworfen. Unsere
Truppen sind im weiteren Vordringen. Die Höhen bei
Gjunis auf dem linken Ufer der Südlichen Morava sind er-
stürmt.

Die Reute von Krusevac erhöht sich auf 50 Geschütze,
darunter 10 schwere, die Gefangenenzahl auf über 7000.

Die Armee des Generals Bojadjeff hatte am 7. No-
vember abends nordwestlich von Aleksina, sowie westlich
und südwestlich von Nisch die Südliche Morava erreicht und
hat im Verein mit anderen, von Süden vorgehenden bulgari-
schen Heeresteilen Lesobac genommen.

Oberste Heeresleitung.

Die vereitelte Vereinigung.

Die Hauptaufgabe der im Süden Serbiens kämpfenden
bulgarischen Divisionen war, die Vereinigung des anrücken-
den französisch-englischen Hilfskorps mit den
Serben zu vereiteln. Zu dem Zweck mußten die Bulgaren
mit höchster Eile vorstößen, wenn möglich bis zu dem in der
Südweste Serbiens liegenden Monastir, dem Endpunkt der
zweiten von Salonik nach Serbien führenden Bahn. Zugleich
mußte aber Bedacht genommen werden, damit die Engländer
und Franzosen nicht etwa in der Gegend des Bardars, wo
die große Bahn von Salonik nordwärts führt, die bulgarischen
Linien durchbrechen könnten. Es war klar, daß die Bulgaren
bei Strumitsa und wo sie sonst mit dem französisch-englischen
Expeditionsheer im äußersten Süden des Kriegsschauplatzes
zusammenstießen, zunächst eine defensive Rolle spielen. Denn
für sie liegt ebenso die Aufgabe vor, die Engländer und Fran-
zosen von den Schlachtfeldern der Entscheidung in Serbien
möglichst lange fernzuhalten, als für die Expeditionsarmee,
möglichst rasch dahin zu gelangen. Die Aufgabe, die den Bul-
garen zuzufallen war, die denksbar schwierigste, da sie gewisser-
maßen nach zwei Fronten hin zu kämpfen haben, im Norden
und Westen gegen die Serben, im Süden gegen die Franzosen
und Engländer. Die österreichisch-ungarisch-deutsche Offensiv-
e aber wirkt wohl entlastend für die Nordkolonnen des bulgari-
schen Heeres, für die Südarmeen jedoch nur so weit, als sie den
Hauptteil der serbischen Kräfte bindet. Auch konnten die
Serben, begünstigt durch die Natur des Landes, immerhin

einen Teil ihrer Streitkräfte nach dem Süden hin lenken, um
den zweiseitigen Druck auf die Bulgaren zu verstärken. Unter
diesem Gesichtspunkt wird man bewundern, wie die Bulgaren
ihre Aufgabe gelöst haben. Sie traten den etwa 80 000 Mann
starken Truppen der Engländer und Franzosen auf der Front
Brilep-Arivalas-Strumitsa in einer Frontlänge von mehr als
50 Kilometer entgegen. Der Kampf währte zwei Tage, alle
Angriffe der Franzosen und Engländer wurden zurückge-
worfen, als deren Truppen erschüttert waren, gingen die
Bulgaren zum Gegenstoß vor und fügten im Bajonettkampf
den Ententetruppen schwere Verluste zu. Triumphierend
hatte der französische Generalstab am 7. November gemeldet,
den Ententetruppen sei es gelungen, bis zur Crnaja vorzu-
dringen, das ist ein an der Grenze entspringendes Flüsschen,
welches 10 Kilometer südlich von Koprivitsa rechtsseitig in den
Maricar mündet. Jetzt sind sie bereits wieder südwärts ge-
drängt. Aber auch auf Monastir sind die Bulgaren soweit
vorgekommen, daß die Serben die Stadt verlassen; die Jüge
von Salonik verkehren nicht mehr bis dorthin. So kann man
mit gutem Vertrauen annehmen, daß die Vereinigung der
Entente- und der Serbentruppen auch weiter verhindert wird.
Und ist erst die Moravalinie ganz freigemacht, so kommt den
Bulgaren Hilfe!

Bulgarenbeute.

Wie aus Kessid über Salonik berichtet wird, erbeuteten
die Bulgaren auf der Bahnstrecke Bronia-Wegrad im ganzen
2800 Waggons und 45 Lokomotiven. Bei der Besetzung von
Kessid beschlagnahmten die Bulgaren 500 Waggons und 10
Maschinen. 300 Waggons und 10 Maschinen der Strecke
Gevgheli-Demirkapu sollen nach Griechenland befördert
werden.

Der bulgarische Heeresbericht vom 7. November lautet:
Unsere Truppen, welche die geschlagene serbische Armee zu
verfolgen fortführen, sind am 7. November auf der ganzen
Front bis zur Morava gelangt und bereiten sich vor, auf ihr
linkes Ufer überzugehen. Befestigt wurden die Städte Mesirac,
Maslovec, Jitovar in Mazedonien und die Stadt Tetovo.
Auf den anderen Fronten keine Änderung. Unsere Truppen
wurden in Nisch von der Bevölkerung mit Blumen, Feinde-
rufen, Hurras und den Rufen: „Willkommen die Befreier!“
empfangen. Die Stadt war von den abziehenden serbischen
Soldaten geplündert. Als Kriegsbeute wurden in
Nisch und Umgebung bis jetzt gezählt: 42 Festungsge-
schütze, Tausende von Gewehren und Mörsern mit Munition, 700 Eisen-
bahnwaggons, die Mehrzahl beladen mit Lebensmitteln, viele
Automobile, viel Sanitätsmaterial u. a., 12 Desinfektions-
maschinen, 500 Wasserpumpen, 500 neue Fahnen und Sun-
dertausende von Soldatenwäschestücken und Uniformen. Es
befinden sich noch viele Pulverdepots in der Stadt und Um-
gebung. Weiter haben die Serben bei ihrem Rückzuge zahl-
reiche Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, die noch
nicht gezählt sind, zurückgelassen. Bis jetzt wurden bei Nisch
5000 Gefangene gezählt.

Englisch-italienische Hilfsaktion für Serbien?

Lyon, 9. Nov. (D. D. A.) Der „Nouvelles“ meldet:
Saloniker Blätter veröffentlichen eine Nachricht, wonach die
Alliierten eine neue Basis für die Balkanoperationen vorbe-
reiten. Die Alliierten werden Truppen an der albanischen
Küste landen. In dieser Expedition werden besonders
Italien und England teilnehmen. Das neue englisch-italieni-
sche Expeditionskorps, welches Serbien zu Hilfe eilen soll,
wird wahrscheinlich in Valona zusammengezogen werden, wo
es über Elbasan-Daribace in weniger als 10 Tagen
Monastir erreichen kann.

Paris, 9. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Reil-
Journal“ aus Rom meldet, sagt eine halbamtliche Note, daß
die Bulgaren, wenn sie Albanien bedrohen, um die Adria zu
erreichen, die Interessen Italiens gefährden, welches die er-
forderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um der Gefahr
schnellstens zu begegnen.

Zeppelin in Sofia.

Ein Zeppelinluftschiff, das mit dem Herzog von Mecklen-
burg in Temesvar aufgestiegen war, landete in Sofia. Der
König von Bulgarien wohnte mit Gefolge der Landung auf
dem Flugplatz bei. Das Erscheinen des Zeppelinluftschiffes
das über der Stadt Schleifen beschrieb, rief großes Aufsehen
und Jubel hervor. Das Luftschiff war in ungehörter Fahrt
nach neun Stunden Flugzeit aus Temesvar eingetroffen, ein
wenig vom Gegenwind gedrängt. Nach 2 Uhr flog es wieder
davon.

Die Haltung Griechenlands und Rumäniens.

„Berlingske Tidende“ berichtet aus dem Haag: Von
England nachstehender Seite wird angegeben, daß Kitchener

Entsendung nicht eigentlich militärischer Art ist, sondern eher diplomatisch. Es dürfte sich darum handeln, dem griechischen Generalstab klar zu machen, daß die von den Alliierten für den Balkanfeldzug getroffenen und bereits begonnenen Vorrichtungen Griechenland gegen jede Gefahr sichern, wenn es die Bündnispflicht gegen Serbien erfüllt.

Glück wird Kitchener damit nicht haben. Ueber Kopenhagen wird gemeldet, der König von Griechenland habe erklärt, wenn Serbien und seine Anhänger fortfahren sollten, der Neutralitätspolitik der Regierung Widerstand entgegenzusetzen, so werde er die Militärdiktatur erklären. Eine Auflösung der Kammer werde nicht stattfinden, da Neuwahlen unter den jetzigen Verhältnissen nicht wünschenswert seien. Nach dem in diesem Falle gewiß unbedingten „Corriere della Sera“ billigt auch die Bevölkerung Griechenlands die Haltung des Königs.

In Bukarest ist eine Ministerkrise ausgebrochen. Der Handelsminister Rodocici hat um seinen Rücktritt ersucht. Auch der Finanz- und der Justizminister sollen ihre Demission vor einigen Tagen angeboten haben. Der Finanzminister ist der stärkste Gegner der Zentralmächte. Die Ministerkrise wird nicht zur Aufgabe der Neutralität führen, damit haben die russenfreundlichen Kriegsbeher sich abgefunden.

Vom Dardanellensampf.

Konstantinopel, 9. Nov. (B. V. Nichtamtlich.) Das französische Unterseeboot „Turquoise“, das vor einigen Tagen in den Dardanellen versenkt worden war, ist wieder flott gemacht und in gutem Zustande hierher gebracht worden; es wird in die türkische Marine eingereiht werden. Heute findet die Zeremonie der Neubenennung und die Hissung der türkischen Flagge statt. Sodann wird das Publikum zur Besichtigung des Unterseebootes zugelassen. Der Ertrag der Eintrittsgelder wird zugunsten bedürftiger Soldatenfrauen verwendet werden.

Konstantinopel, 9. Nov. (B. V. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellensfront dauern die üblichen Feuergefechte an. Bei Anafarta zerstörte unsere Artillerie ein schweres Geschütz des Feindes an der Mündung des Tzamalbars und eine Minenverfertigung nördlich von Mehmetep. Bei Ari Burnu und Sungubair Infanteriekämpfe mit heftigem gegenseitigen Handgranatenkampf. Unsere Artillerie beschloß dort wirksam die feindlichen Schützengräben. Bei Seddül-Bahr durchschloß das feindliche Artilleriefeuer in unseren Schützengräben auf dem linken Flügel leichten Schaden. Unsere Artillerie eröffnete ein wirksames Feuer auf arbeitende feindliche Soldaten. An dieser Front war leichtes gegenseitiges Infanterie- und lebhafteres Artilleriefeuer und Kampf mit Bomben. Zwei feindliche Monitore und ein Torpedoboot nahmen an diesem Feuer teil, ohne eine Wirkung zu erzielen. Sonst nichts zu melden.

Don der inneren Krise Rußlands.

Die Kandidatur Arnowsches bestätigt sich; damit ist klar, daß das Ministert die realistische Richtung seiner Politik betonen will. Die Krise wegen Sazonow ist noch nicht beigelegt. Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Stockholm: Der russische Ministerrat hält nach dem „Reich“ täglich Sitzungen ab. Einen Hauptgegenstand der Beratungen bildet die Frage einer gründlichen Reform der auswärtigen Politik. Ein großer Teil der Minister besteht auf einer vollständigen Umgestaltung des bisherigen Systems und Entfaltung seiner Träger. Diese Forderungen finden die Unterstützung des Jotens.

Möglich, daß die ganze Krise auch Bestrebungen zur Erzielung eines Friedens zur Ursache hat. Die Liberalen, denen der abgeschaltete Landwirtschaftsminister Arnowschin Jugendschicksale machen wollten, sind unbedingt für Fortsetzung des Krieges, ebenso Sazonow, der Minister des Reiches, der aber sonst mit den Liberalen nichts gemein hat. Die strammen Reaktionäre sind dem Friedensgedanken zugänglich.

Der Petersburger Berichtshalter der „Times“ meldet: Der russische Staatshaushalt für 1916 mit beigefügter Denkschrift ist eingebracht worden. In der Denkschrift wird mitgeteilt, die Vorschläge seien unter der Voraussetzung aufgestellt, daß der Krieg das ganze Jahr fortdauere. Die Einnahmen werden mit 202 300 000 Pfund Sterling veranschlagt, die Ausgaben auf 325 100 000 Pfund Sterling. Die Einnahmen für 1915, einschließlich der schätzungsweise berechneten Einnahmen in den letzten vier Monaten, betragen 278 600 000 Pfund Sterling oder 34 700 000 Pfund Sterling weniger, als ursprünglich angenommen wurde. In der Denkschrift wird

ferner auf die Schwächung hingewiesen, die die Finanzen dadurch erfahren haben, daß der Feind die reichsten Industriegegenden mit einer Bevölkerung von 25 Millionen und 80 000 Werken, zahlreichem Kapital, die teils zerstört, teils geräumt worden seien, besezt habe. Infolge dieser Besezung herrsche Mangel an Arbeitskräften. Die Erzeugung von Kriegsmaterial sei behindert, der Transport desorganisiert, der Abzug von Handelsartikeln erschwert. Der Preis für allerlei Artikel in den großen Städten sei außerordentlich hoch.

Die R. S. D. A. P. gegen Plechanow.

Unter der Ueberschrift „Patriotische Schritte“ erscheint in der zweiten Nummer der von der „Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ in Genf herausgegebenen Zeitschrift „Vorwärts“ eine kurze, aber recht eindringliche, gegen Plechanow gerichtete Polemik. In dieser Polemik verurteilt und bekämpft der Verfasser des Artikels aufs schärfste die jedenfalls antideutsche, wenn nicht direkt deutschfeindliche Haltung, die der ehemalige Führer der russischen Sozialdemokratie in letzter Zeit zur Schau trägt. Plechanow — führt der Schreiber des Artikels aus — wiederholt uns immer wieder das unsinnige Märchen von den deutschen Plänen hinsichtlich der russischen Bevölkerung aller der Gebiete, die eben an Deutschland abgehen könnten: um mehr Raum für ihre eigenen Ansiedlungen zu gewinnen, würden es nämlich die Deutschen für geboten halten, die einheimische Bevölkerung aus diesen Gebieten gewaltsam zu entfernen. In der Tat aber erhebt die gesamte deutsche Presse ohne Unterschied von Partei und Richtung stammenden Protest gegen die durch die russische Regierung in einem wahrhaft horrenden Umfange durchgeführte Vertreibung dieser selben einheimischen Bevölkerung aus diesen selbst in Frage stehenden Gebieten. Nun — fragt der Schreiber des Artikels weiter — haben denn die Vollstrecker des grausamen zarischen Befehls etwa aus Wohlwollen gegenüber Deutschland so gehandelt, um den deutschen Wünschen entgegen zu kommen?

Aus einem russischen Befehl.

In einem Befehl an die russische 2. Armee der Nord-West-Front vom 26. Okt. 1915 lautet die Ziffern II, 1, 2 und 3 in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

Die Verluste betreffend.

1. Verluste bis zu 50 Prozent sind als normal zu erachten. Bei der heutigen Entwicklung des Feuergefechts sind geringere Verluste bei einem einigermaßen ernsthaften Kampfe ausgeschlossen.
2. Nur Verluste, die 75 Prozent erreichen, sind als schwer zu erachten.
3. Keinerlei Verluste rechtfertigen das Verlassen der Stellung. Einen guten Truppenteil dürfen auch noch so große Verluste nicht zum Rückzug zwingen. Auch muß man sich ständig bewußt sein, daß der Feind, wenn man selbst schwere Verluste erlitten, auf jeden Fall seine geringeren hat. Die Entscheidung hängt nicht von den Verlusten, sondern vom Geist ab. Wer an Geist, Charakter und Hartnäckigkeit, sowie Ausdauer sich als der Stärkere erweist, der trägt den Sieg davon. Alle Führer müssen von solchem Geiste durchdrungen sein und dürfen sich auch durch die schwersten Verluste nicht erschüttern lassen. Im Gegenteil, gerade hier ist dem Führer die Gelegenheit gegeben, seine Tapferkeit und Entschlossenheit zu beweisen, dadurch die zaghafte Mannschaft zu neuen thatkräftigen Taten emporzureißen und so durch den Sieg des Geistes dem Feinde den realen Sieg zu entreißen. (wyrwaj realnuju pobedu u wroga).

Unterzeichnet:

Der Armeeführer. General der Infanterie gez. Smirnow.

Gegengezeichnet:

Der Chef des Stabes. Generalleutnant gez. Awicinski.

Die russischen Regimenter haben an diesen Stellen, besonders in den langwierigen Kampfabendkämpfen, bewiesen, daß sie „normale“ Verluste bis zu 50 Prozent und auch mehr auszuhalten wissen. Der „Geist“ der Führer, ihre Tapferkeit und Entschlossenheit bewährte sich allerdings allzu oft hinter der Front. Auf jeden Fall zeigt der Befehl, daß die Russen ungeheure Verluste erlitten haben müssen, wenn 50 Prozent als normal bezeichnet werden. Sie räumten Stellung auf Stellung, mithin waren die Verluste weit schlimmer als „normal“.

Friedensstimmen im englischen Oberhause.

Rotterdam, 10. Nov. (D. D. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im englischen Oberhause warf Lord Milner der Regierung vor, daß sie die öffentlichen Kriegsmeldungen zu optimistisch färbe und daß daher die englischen Offiziere die deutschen Meldungen über stattgehabte Kämpfe für zuverlässiger ansehn als die englischen. Lord Curzon verbot namens der Regierung Reformen. Der betagte Lord Courtney erklärte, daß Vaterlandsliebe nicht das einzige Motiv in diesem Augenblick sei. Er sehe den Ruin der europäischen Kultur voraus, wenn dem Kriege nicht bald ein Ende gemacht würde.

Er warf die Frage auf, ob nicht durch Vermittlung neutraler Mächte Friedensverhandlungen angesetzt werden könnten. Niemand antwortete ihm darauf. Einleitend hatte Courtney ausgeführt, daß England eine freie Nation sei und bleibe oder untergehen müßte. Die Engländer sollten weiter kämpfen, bis Belgien und Frankreich vom Feinde geräumt seien. Man müsse in Deutschland die tiefingewurzelte Ueberzeugung, daß es einen Schadenersatz erhalten würde, aufgeben. Dennoch wünsche er, daß Besprechungen unter den neutralen Staaten stattfinden sollten und er wolle Greshs Anregung, daß über das freie Meer ein Gedankenanstausch stattfinden, in diesem Zusammenhange zur Sprache bringen, um diesen Gedanken zu befürworten. Die Frage sollte jedoch zwischen den Staaten nicht erst nach dem Frieden geregelt werden.

Amerika und der englische Handelskrieg.

In einer längeren Besprechung der amerikanischen Note an England sagt die „Kölnische Zeitung“ zum Schluß: Wenn die amerikanische Regierung dem Wortlaute und dem Geiste dieser Note gemäß handelt, wird sie sich um die Befreiung der Meere von Englands Seebesatzotie ein ungemein großes Verdienst erwerben. Die Note ist nach einer Richtung hin ein Zeitdokument ersten Ranges. Sie findet aller Welt durch den Mund des mächtigsten Neutralen, den man getrost Englands Freund nennen kann, wer in diesem Kriege das Völkerrrecht mit Füßen getreten, wer die Freiheit der Meere vernichtet und wer die Interessen der Neutralen mißachtet und geschädigt hat. Englands Staatsmänner, die beständig die Heiligkeit der Verträge im Munde führen, die sich heuchlerisch als Beschützer der kleinen Nationen gebärden, sie sind von wirklich unvoreingenommener Seite entlarvt worden.

Die Londoner „Times“ dagegen berichtet aus New York vom 7. November: Es sei wichtig, anlässlich der amerikanischen Note an Großbritannien darauf zu verweisen, daß während der ersten acht Monate des Jahres 1914 die Vereinigten Staaten Güter im Werte von 31 200 000 Pfund Sterling nach Deutschland ausfuhrten. Während derselben Monate des Jahres 1915 haben die Vereinigten Staaten Güter im Werte von 232 000 Pfund Sterling verschickt. Im selben Zeitschnitt nahm die Ausfuhr nach Schweden, Norwegen und Holland um 24 900 000 Pfund Sterling zu. Nach den Statistiken der Abteilung für den Außenhandel der National Citybank wäre in der am 30. Oktober endigenden Woche eine tiefere Zunahme der Schiffsfrachten nach skandinavischen Ländern zu verzeichnen gewesen.

Was soll das heißen? Es bedeutet doch weiter nichts, als daß sich das Bedürfnis nach Gütertausch auf neuen Wegen durchsetzte, nachdem England die alten willkürlich zu sperren sich vermah.

Haag, 10. Nov. (D. D. B.) Eine halbamtliche Meldung aus London besagt, daß England die Note Wilsons gegen die englische Blockadepolitik ablehnen und nichts an seinem bisherigen Standpunkt ändern werde.

Dann darf man darauf gespannt sein, wie Amerika seine Forderungen durchsetzt oder wie es — nichts Ernstliches tut.

Amerika und der belgische Spionensfall.

Berlin, 9. Nov. (B. V. Nichtamtlich.) Der von der englischen Regierung über den Fall Cabell veröffentlichte Schriftwechsel hat bekanntlich unzutreffende Angaben enthalten über angebliche Zusicherungen, die der amerikanischen Gesandtschaft in Brüssel im Laufe des Verfahrens von den deutschen Behörden in Belgien gegeben, später jedoch nicht gehalten worden sein sollten. Diese den Tatsachen widersprechende Darstellung war auf die inkorrekte Berichterstattung des als Justiziar bei der amerikanischen Gesandtschaft in Brüssel angestellten belgischen Staatsangehörigen de Weval zurückzuführen.

Die Kaiserliche Regierung hat daher Veranlassung genommen, durch ihren Botschafter in Washington die amerikanische Regierung darauf aufmerksam machen zu lassen, daß die bezüglichen in der englischen Veröffentlichung enthaltenen Angaben mit dem wahren Sachverhalt in Widerspruch stehen. Sie erbat wegen der inkorrekten Berichterstattung Wevals Vorstellungen. Gleichzeitig hat auch der amerikanische Gesandte in Brüssel, Whitlock, von sich aus die amerikanische Regierung über die tatsächlichen Vorgänge aufgeklärt. Whitlock teilt nunmehr im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten der zuständigen Behörde in Brüssel mit, daß

Genilleton.

Der Einbruch in Serbien.

2. Der Sava-Übergang am 7. und 8. Oktober 1915.

Schon lange waren unsere Vorbereitungen für einen Uebergang über die Sava getroffen, jede Einzelheit war wohl erkundet und jede Möglichkeit in Betracht gezogen. Unsere Brigade sollte im Abschnitt Kirche Begonja-Zudersobrit und 115 südlich Remun-Eisenbahnbrücke den Uebergang machen. Das Regiment sollte sich zunächst in den Besitz der kleinen Zigeunerinsel setzen, die auf einem Damm erreicht werden konnte, während wir die große Zigeunerinsel nehmen sollten.

Letzteres war eine äußerst schwierige Aufgabe. Jeder Mann wußte, daß die Insel stark besetzt war, daß drüben im Buschwerk ein guter und gut schießender Gegner lauerte und daß Minen und andere Ueberraschungen während des Uebergangs auf ihn warteten. Trotzdem gingen unsere braven Kerls heran wie immer.

Am 6. 10. 12 Uhr mitternachts fand das Regiment hinter dem Samedamm bereit.

Inzwischen belagte unsere Artillerie die Festungswerke Begonja, die Ufer der Sava und die Inseln mit stärkstem Feuer. Unaufhörlich flogen die Granaten gegen die Höhen Belgrads, zersprangen in dem Buschwerk der Inseln und schlugen gegen die Ufer der Sava. Detonation folgte auf Detonation.

Punkt 1 Uhr 15 Minuten voramittags begannen die Minenwerfer ihr Feuer und schmetterten Minen aller Größen gegen die Inseln. Jetzt steigerte sich auch das Artilleriefeuer zu größter Heftigkeit. Dampf stiegte der Damm in den Tälern der Donau und Sava, hell leuchteten die durch die Luft fliegenden Geschosse ihre Bahn im Dunkel der Nacht wie Meteor, und groß leuchteten die einschlagenden Granaten. Es war ein jäherwunderschöner Anblick.

Jetzt war es Zeit, die Pontons, die im Galowica-Kanal versteckt lagen, in die Sava zu bringen. Leise trugen die modernen Pioniere die Fahrgänge über den Damm hinunter ans Wasser, und lautlos bestiegen sie unsere Leiste.

Punkt 2 Uhr 10 Minuten voramittags stiegen die Pontons vom Ufer ab. Bis dahin hatte der Feind sich völlig still verhalten und weder auf unser Artillerie- noch Minenfeuer irgendeine Antwort gegeben.

Weinase hatte es den Anschein, als ob er überhaupt nicht mehr da wäre.

Raum näherten sich jedoch unsere Pontons der Insel, als sie von einem rasenden Infanteriefeuer überschüttet wurden. Gleichzeitig setzte die serbische Artillerie mit beständigem Feuer ein. Schneller arbeiteten die modernen Pioniere in den Booten, vorwärts heran an das Ufer. Trotzdem viele Pontons von Schüssen durchbohrt verfielen oder auf Minen liefen, trotzdem die Strömung manches Fahrgang mit sich rief, trotzdem die landenden Leute durch Handgranaten und Maschinengewehrfeuer schwere Verluste erlitten, unsere Helden drangen doch vorwärts und arbeiteten sich am Ufer empor.

Jurist führten die leeren Pontons, die ersten Leute ihrem Schicksal überlassend, bald lebten sie vollbeladen wieder. So gelang es dem unerschrockenen Feldhauptmann der Pioniere, nach und nach sechs Kompanien und drei Maschinengewehre hinüber zu schaffen — mehr ging nicht, da sowohl Menschen wie Material zu Ende waren.

Fast sämtliche Huber waren tot oder verwundet, von den Pontons nicht ein einziges mehr gebrauchsfähig. Die Kompanien drangen nun trotz heftigen Widerstandes der Serben im Handgemenge Mann gegen Mann durch das dicke Ufergestrüpp weiter und setzten sich in den Besitz zweier feindlicher Stellungen. Hier hielten sie zunächst an, da es zu schwierig war, im Dunkeln weiter vorzudringen.

Der Spaten arbeitete, und er arbeitete gründlich. Denn manches blutige Spatenblatt legte Zeugnis ab von seiner Verwendbarkeit als Waffe.

Die Serben setzten sofort zum Gegenangriff an, um sich wieder in den Besitz der Insel zu setzen. Gin und her wogte der Kampf, fünfmal mußten die Unserigen vor der Uebermacht zurück, aber immer wieder drangen sie vor und behaupteten sich schließlich in der ersten genommenen Stellung.

Unterdessen belegten die Serben den Strom, das Ufergelände und die Unterstufungen hinter dem Samedamm mit schwerem Granatfeuer.

Als der Morgen graute und man den Schaulplatz der nächtlichen Tätigkeit überblicken konnte, war von unseren Helden auf der Insel nichts zu sehen. Tot nur lagen am Ufer, und hier und dort bewegte sich ein Verwundeter im Grase. Das heftige Geschwader jedoch ließ vermuten, daß unsere Leute tapfer bei der Arbeit waren, und so war es auch.

Unsere Kompanien hatten trotz der serbischen Ueberlegenheit ihr Vordringen fortgesetzt und waren bis fast an den Südrand der Insel gelangt. Dort am Wasser hielten sich die Serben noch.

Leider hing jetzt die Munition an Knapp zu werden, so daß nur äußerst sparsam geschossen werden durfte. Die Serben, die die Schwäche unserer Leute erkannt hatten, versuchten sie zu umzingeln, — es gelang ihnen nicht.

Von allen diesen Vorgängen hatte das übrige Regiment keine Ahnung. Abgeschnitten von den Kämpfen auf der Insel durch den Verlust der Boote, war es nicht möglich, Meldungen oder Nachrichten zu erlangen oder Munition oder Verstärkungen hinüberzuschicken. Nur das Infanteriefeuer zeigte, daß unsere Leute schwer zu kämpfen hatten.

Da gelang es am Nachmittag einem mutigen Offizier, mit einigen Leuten die Sava zu durchschwimmen und Meldung von dem Stande des Gefechts zu bringen. Mittels eines Pontons, das von einer anderen Division, die oberhalb überzugehen versuchte, abgetrieben war und von zwei Schwimmmännern herangeholt wurde, brachte man schließlich Munition hinüber.

Natürlich brannte das ganze Regiment, nachdem es von den Ereignissen auf der Insel gehört hatte, darauf, an den Feind zu kommen; aber erst gegen Abend konnte man darangehen, auf den notdürftig gestellten Pontons Truppen überzusetzen. Das dritte Bataillon ging zuerst über, dann der Rest der anderen Bataillone.

Als alles herüber war — reichlich Munition war mitgenommen —, setzte ein Bataillonsführer die übergesetzten Teile zusammen und warf den Feind aus seiner letzten Stellung heraus.

6 Uhr vormittags war das östliche Drittel der Großen Zigeuner-Insel in unserem Besitz.

Wunderbarerweise hatten die Serben eine Floßbrücke von der Insel zum anderen Ufer unverletzt gelassen, so daß die Möglichkeit gegeben war, das andere Ufer zu erreichen.

Nachdem die Artillerie die serbischen Stellungen, die Gebäude der Savaufer unter Feuer genommen hatte, nachdem die unter der Brücke vorgehenden Sprengkörper von einer Offizierspatrouille beseitigt waren, griff das Regiment an und setzte sich um 5 Uhr nachmittags in den Besitz des südlichen Savaufers.

Der Uebergang war gelungen!

In noch nicht zwei Tagen hatte das Regiment den Uebergang erzwnungen und eine herrliche Waffentat, eine neue Glanzleistung seinen früheren Erfolgen hinzugefügt.

Für die Nacht besetzte das Regiment die Lederfabrik und Zudersobrit mit zwei Bataillonen, während ein Bataillon noch auf der Großen Zigeunerinsel verblieb.

Batrouillen hielten fest, daß sich der Gegner in südlicher Richtung zurückzog.

Manch stummer Held ruht aus auf der Zigeunerinsel, manches Auge ist noch trotz lebhafter Behandlung gebrochen, manch braver Mann windet sich verwundet in Schmerzen — das Regiment wird nie diese Männer vergeßen, die Helden von der Zigeunerinsel.

das Washingtoner Komitee von der Angelegenheit Cabell keine Kenntnis gehabt hat, daß vielmehr die Schriftstücke ohne vorherige Verständigung mit dem Staatsdepartement durch das auswärtige Amt in London veröffentlicht wurden. Gleichzeitig hat die amerikanische Regierung Leval seiner Stellung entzogen.

Die englischen Eisenbahner und das Kriegsziel.

Am 31. Oktober sprach der Arbeiterratgeber A. S. Thomas, Sekretär des Eisenbahnerverbandes, in Middleborough in einer Versammlung. Er empfahl seinen Kollegen, die Strafenarbeit auf den Eisenbahnen während des Krieges zu dulden (wie gnädig und verständnisvoll! M. d. B.), da der Verband Garantien habe, daß nach dem Kriege die männlichen Arbeiter wieder ihre alten Stellen einnehmen werden. Die Hauptsache sei jetzt, den preussischen Militarismus zu vernichten und die Finanzkraft Englands im Interesse des Bienenbundes zu stärken.

Hier vereint sich soziale mit politischer Aufsichtigkeit und Bescheidenheit zu einem nichts weniger als schönen Bundel!

Inzwischen werden die Irländer wieder weiter zu Soldaten gepreßt. Medmond erklärte in einer Unterredung, die Zahl der Irländer, die nach Amerika auswandern versuchen, sei stark übertrieben. Sie kämen alle vom Westen und versuchten auszuwandern, weil sie glaubten, daß die Dienstpflicht eingeführt werde. Die Jahresversammlung der „Irishers in Liverpool“ verteilte die Auswanderung. Es wurde behauptet, daß 150.000 Irländer, die in England und Schottland anständig waren, in Dienst traten. Man ist der Ansicht, daß die Regierung allen Wehrpflichtigen verbieten sollte, das Land zu verlassen. Offenbar versteht es die englische Regierung, sogar irische Gruppen ihrem Soldatenwerden vorzuziehen.

Neutralität im Hemdärmel.

New York, den 10. Oktober.

Nachdem sich die durch den deutschen Unterseeboot-Krieg zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung entstandenen Schwierigkeiten mit der jüngsten deutschen „Arabic“-Note in diplomatisches Wohlgefallen aufgelöst haben und keine „deutsche Frage“ mehr übrig geblieben ist, auf der sich noch lohnte, demagogisch herumzureiten, muß sich bald zeigen, wie sich die Administration in Washington die Lösung der „englischen Frage“ denkt, die durch die „Blockierung“ nicht nur des kriegführenden, sondern fast auch des ganzen neutralen Europa und die tagtäglich dem amerikanischen Handel verletzten britischen Wirtschaften geschaffen worden ist. Der bevorstehende Wiederkunft des Parlaments, in dem außer den Waffen- und Munitionsfabrikanten und den mit ihnen verflochtenen Großfinanziers auch die durch die englischen Wirtschaftskrisen schwer geschädigten „legitimen Industrien“ des Südens und Westens ihre Wortführer haben, läßt es kaum zu, daß Präsident Wilson England gegenüber dauernd noch seinem berühmten Rezept „wachsamem Abwarten“ verhaftet, zumal angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahl. Im Herzen teilt die völlig ins großkapitalistische Fahrwasser getretene Wilson-Regierung sicherlich den Standpunkt der New Yorker Freischärler, der allmächtigen anglo-amerikanischen Finanzinteressen, die den Vereinigten Staaten mit dem Riesenkump für die Alliierten den letzten Leben ihrer schädlichen „Neutralität“ vom Leibe gerissen haben. Von dem guten Rats dieser biedereren Presse aber Gebrauch zu machen und die Auseinandersetzung mit England bis nach dem Kriege zu verschieben, also alle britischen Forderungen „unter Protest“ einzustücken, daran verhindert der Präsidenten schon der am 30. März ergangene Protest gegen die britische Blockade-Erklärung, wenn ihm schon seine eignen Begriffe von Anstand und Ehrenhaftigkeit in der Durchführung der von ihm selber proklamierten Neutralität eine solche Politik gestatten würden.

In der amerikanischen Protestnote, die noch von dem inzwischen verabschiedeten Staatssekretär Bryan unterzeichnet wurde und Herrn Wilson zweifellos längst bereit, wird die Londoner „order-in-council“ als „tatsächliche Inanspruchnahme der Oberhoheit einer kriegführenden Macht über den neutralen Handel im gesamten europäischen Areal und eine fast uneingeschränkte Verneinung irgendwelcher souveräner Rechte der zurzeit in Frieden lebenden Staaten“ zurückgewiesen. Obwohl es nun, wie selbst die New Yorker „World“, das Wilsonsche Hofblatt, am 9. Juli feststellte, zuerst England war, das mit seiner Blockadepolitik „das Völkerrecht verletzte“ und damit jenen scharfen Einspruch Washingtons herausforderte, hat sich die amerikanische Regierung seitdem darauf beschränkt, brüste Roten an Deutschland zu schreiben, und wenn man in Berlin zu diesen Roten nicht eine kriegerische Musik geblasen hat, so ist dies nicht das Verdienst der Hemdärmel-Diplomaten in Washington, die es andererseits den Herrschern in der Downing-Street erlaubt haben, den amerikanischen Protest bisher überhaupt zu ignorieren! In dem reichlichen halben Jahre, das seitdem verfloßen ist, ist Wilson noch ohne Antwort auf seinen Protest geblieben, vielleicht, weil das Londoner Auswärtige Amt sich Soffnung machen durfte, durch den erscheinenden Erfolg der Kriegsheldentum seiner befohlenen und sonstigen Agenten in den Vereinigten Staaten der letzten Formalitäten eines Bescheides überhoben zu werden. Vielleicht auch einfach deshalb, weil England genau weiß, daß es die amerikanische Regierung durch seine kluge Politik der wirtschaftlich-finanziellen Interessenverquickung der Union mit den Alliierten ja doch aktionsfähig gemacht und den guten Oheim Samuel mit der fünfshundert-Millionen-Dollar-Anleihe, der noch andere folgen sollen, rettungslos in goldene Ketten geschmiedet hat. Alles, was sich die Downing-Street nach dem amerikanischen Protest auffchwang, waren etliche empfindende und vertrocknende Memoranda. Bei alledem empfindet die amerikanische Regierung natürlich immerhin das Bedürfnis, nach Chinesenart, „das Gesicht zu wahren“, und außerdem wird es ihr durch innerpolitische Gründe aller Art nahegelegt, wenigstens einige englische Scheinjugendstänche an ihre Exporteure herauszuschlagen. Bis jetzt konnte Wilson die provokatorische Einseitigkeit und Schamlosigkeit seiner Stellungnahme gegen Deutschland mit der Ausrede bemänteln, gleichzeitige Auseinandersetzungen mit den britischen Bettern würden „die Sachlage verdunkeln“ (cloud the issue) — erst müßten die Schwierigkeiten mit Deutschland gehoben sein, und erst dann könne England an die Reihe kommen. Eine lächerliche, wenn auch „neutrale“ Entschuldigung, der nun durch die deutsche Regierung der Boden entzogen worden ist.

Die But der deutschfreierischen Blutokratienpresse New Yorks erklärt sich denn auch ebensofleh durch die Enttäuflung, die Graf Bernstorffs letzte „Arabic“-Note ihren Kriegstreibern bereitet hat, wie durch ihren abheinen Klerger, daß jetzt die britische Vergewaltigung des legitimen, das heißt: nicht an Munitionslieferungen und Kriegsfinanzen inter-

tierten amerikanischen Exporthandels auf die Tagesordnung der amerikanischen Diplomatie kommen muß. Es ist offenbar kein Zufall, daß just an dem Tage nach Ueberreichung der jüngsten deutschen Note der britische Botschafter in der Bage war, dem amerikanischen Staatssekretär die Versicherung zu geben, daß es der innigste Wunsch seiner Regierung sei, die Vereinigten Staaten „hinichtlich der Seehandelsstörungen auszufriedenstellen“. Die Gelei des Londoner Botschafters hat es aber gewollt, daß gleichzeitig die Aderung weiterer neutraler Schiffe, die mit einem von der dänischen Regierung zur Vinderung der Volksnot im eigenen Lande bestellten amerikanischen Fleischcargos unterwegs waren, hier bekannt wurde, und es bleibt eben dabei, daß England den amerikanischen Exporthandel nach diskretionärem Ermessen einschränkt, verbietet oder durch „Verträge“, die durch ihr Verbot jeden Geschäftsverkehrs mit den Feinden Old-Englands offen gegen das Sherman-Gesetz verstoßen, förmlich „reguliert“.

Im Namen der Humanität, der Neutralität und des Gumbugs: Wie lang noch?

Die spanischen Sozialisten und der Krieg.

Kürzlich tagte in Madrid der Kongreß der spanischen Sozialisten. Soweit wir aus der „Humanität“ ersehen, steht er in Hinblick auf den Krieg gänzlich auf der Seite des Bienenbundes. Die über diesen Punkt angenommene Resolution erklärt, daß der Sozialismus zwar für den Krieg die Verantwortung tragen müsse, aber auch der ökonomisch-deutsche Imperialismus daran schuld sei, und wenn dieser den Sieg davontrüge, so würde der Sozialismus einen Rückschlag erleiden. Was den Frieden angeht, so müsse man auf Umstände warten, die für die Sache der Arbeiter und der Menschheit günstig seien, denn ein vorzeitiger und überstürzter Friede wäre gegen die Interessen des Fortschritts und der Zivilisation.

Der Kongreß beschloß, diese Resolution den sozialistischen Parteien des Bienenbundes mitzuteilen. Die sozialistische Solidarität ist also auf das Niveau der diplomatischen Gefunken: sie schlägt die Parteien Deutschlands, Österreich-Ungarns und Bulgariens aus, — ganz nach dem Muster der Londoner sozialistischen Konferenz vom Dezember 1914, auf der nur die Belgier, die Franzosen, die Engländer und ein Teil der Russen vertreten waren.

Der Kongreß sandte eine Freundschaftsbesche an die französische Partei, dem Andenken Jaurès huldigend; eine Beileidsbesche an die englische Unabhängige Arbeiterpartei aus Anlaß des Hinrichtens der Harbors. Ferner wurden Sympathiebesche beschloßen an Liebknecht, Jellin und Luxemburg, deren Verhalten man gutheißt. Man behandelt sie also als Alliierte der Alliierten, was den dreien allerdings nicht angenehm sein wird.

Genosse Jofestas hielt noch eine Rede zugunsten des Bienenbundes, die von den Delegierten und vom Publikum mit hümmigem Beifall aufgenommen wurde.

Das Frauenwahlrecht in Holland.

Aus Holland schreibt man uns: Schon 1887, da die jetzige Staatsverfassung in Holland eingeführt wurde, begann in unserem Lande eine Agitation für Erweiterung des Wahlrechts, denn dieses wurde von der Verfassung nur Männern anerkannt, die gewissen Bedingungen von Bildung und Wohlstand entsprachen, welche das Wahlgesetz zu bestimmen hatte. Die erste Agitation, nur von Männern und für Männer geführt, brachte 1897 ein ziemlich freisinniges Wahlgesetz zu Stande, das die Zahl der heutigen Wähler auf eine Million steigerte. Jedoch sind noch 1/3 der Männer über 25 Jahre ausgeschlossen, sowie auch alle Frauen. Diese haben stets ihre eigene Agitation ohne Hilfe irgend einer politischen Partei geführt, und 1894 einen Verein für Frauenstimmrecht gegründet, der heute etwa 18.000 Mitglieder zählt.

Von 1900 bis 1908 befand sich die Wahlagitation in den Händen eines Komitees, das aus politischen Vereinen und Gewerkschaften bestand und allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen anstrebte. 1908 wurde dieses Komitee aufgelöst und die Agitation von der sozialdemokratischen Partei mit dem Verband der Gewerkschaften übernommen. Die Partei richtete eine Volkspetition für allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen mit 320.000 Unterschriften an die Regierung und bei der Kammereröffnung von 1912, am sogenannten „Roten Dienstag“, wäre es bei einer Strogenemonstration für das Frauenwahlrecht fast zu Krawallen mit der Polizei in der Residenz gekommen, so gewaltig war der Andrang des Volkes.

Die jetzige Regierung ist aus den Wahlen von 1913 hervorgegangen und hatte damit den Auftrag übernommen, die Verfassungsänderung vorzubereiten, und zwar im Sinne des allgemeinen Wahlrechts für Männer und für Ermöglichung des Frauenstimmrechts. Jetzt hat die Regierung ihren Verfassungsentwurf eingereicht. Dieser liegt in Art. 80:

„Das Recht, die Mitglieder der Zweiten Kammer zu wählen, wird den männlichen Bürgern, die das Gesetz als Niederländer betrachtet und die das zu bestimmende Alter (nicht unter 23 Jahre) erreicht haben, zuerkannt und den weiblichen Bürgern, die denselben Bedingungen entsprechen, sofern das Wahlgesetz ihnen dazu die Befugnis gewährt, welche jedoch nicht auf Wohlstandsgründen beruhen darf.“

Dies bedeutet zwar einen Fortschritt für die Frauen, indem sie nicht mehr wie früher ausgeschlossen sind und indem das künftige Wahlgesetz — wie die Verfassung es ausdrücklich verlangt — Frauen das Stimmrecht geben muß. Aber welches? und welches vielleicht nicht? Und warum behandelt die Verfassung die Geschlechter ungleich, wo es die Wählbarkeit, nicht aber wo es das Wahlrecht gilt? Das sind Rätsel, welche die Debatten in der Zweiten Kammer vielleicht lösen werden. Inzwischen wird man dann sehen, was die unablässige Agitation des Frauenstimmrechtsvereins gewirkt hat.

Wie die meisten andern, dem Weltbund angeschlossenen Vereine für Frauenwahlrecht, beschäftigt sich der holländische Frauenstimmrechtsverein nicht mit den Grenzen des Wahlrechts, den Bedingungen, an die es geknüpft wird, und der Zahl der Wähler. Der Verein hält sich anherhalb des Klassenkampfes. Den überläßt er der Sozialdemokratie. Er beschränkt sich auf die Forderung, daß das Geschlecht kein Grund sei, jemand vom Wahlrecht auszuschließen und fordert mit hin beschränktes Wahlrecht für die Frauen, wenn die Männer ein beschränktes Wahlrecht haben, und allgemeines Wahlrecht für die Frauen, wenn die Männer allgemeines Wahlrecht haben. Letzteres wird nun in Holland der Fall sein, wenn die Regierungsvorlage Gesetz wird.

Jetzt gilt es, diese Vorlage durchzubringen, aber die Gleichberechtigung der Geschlechter hinzuzufügen. Vergangenes Jahr in den vier Monaten vor Ausbruch des Krieges, der allem ein Ende machte, hatte der Verein für Frauenstimmrecht 165.000 Unterschriften gesammelt für eine Volkspetition, welche diese Gleichberechtigung forderte. Das Kabinett hat öfters erklärt, es wolle den „Volkswillen“ verwirklichen; der Volkswille hat deutlich genug geäußert. So einen sich denn jetzt die Forderungen der sozialdemokratischen Partei und des

Vereins für Frauenstimmrecht, denn beide fordern: Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen in der Staatsverfassung. Martina G. Ramers.

Vom „Umlernen“.

Ein Unternehmer, der guten Willens ist, diese schwere Zeit des „Umlernens“ auch seinen Massengenosse deutlich vor Augen zu führen, schreibt in der „Magdeb. Ztg.“:

„Man kann sich von einem sentimentalischen Gefühlssozialismus durchaus fernhalten — muß es sogar, wenn etwas Gefundes werden soll — und wird doch anerkennen können, daß wir in Bezug auf unsere handarbeitenden Volksgenosse mancherlei umlernen müssen, ja, wie Spiecker zeigt, schon umlernen. Und der einzige Weg, der „dem sozialen Frieden entgegen“ führt, ist der des Verständnisses auch der anderen Seite. Wir räumen es mit Recht als einen Vorzug deutschen Wesens, daß wir uns verständig auch in die Eigenart fremder Völker versetzen können, das wollen wir doch dann auch mit allem Nachdruck unseren eigenen Volksgenosse gegenüber tun. Da gilt es zunächst einmal, sich ganz ehrlich zu gestehen, daß, wenn wir von der Arbeitgeberseite aus, seit den Arbeiterkämpfen, wir ohne allen Zweifel einer Arbeiterorganisation beitreten würden, viele von uns gewiß bald in führenden Stellungen. Es gibt für den wirtschaftlich Schwachen keine andere Möglichkeit, seine Lebensbedingungen zu verbessern, als die der Koalition, u. a. des Streiks. Gewiß, Streiks sind für die Volkswirtschaft schädlich, für die Privatwirtschaft ungesund und manchmal direkt gefährlich — aber wie im politischen Leben der Völker, ist auch im Wirtschaftsleben eines Volkes der Kampf die ultima ratio, die sein frommer Wunsch aus der Welt schafft. Eine starke Spannung wird zwischen Arbeitgeber und Arbeiter immer bestehen bleiben, weil der Arbeitgeber darauf aus sein muß, möglichst billige Arbeitskräfte zu haben, der Arbeiter hingegen es sich und seiner Familie schuldig ist, seine Kräfte möglichst teuer zu verdingen.“

Aber diese wirtschaftliche Seite ist in der Tat nur eine der mancherlei Auswirkungen der Arbeiterorganisationen. Heute aber dürfen wir die anderen doch nicht übersehen, die jedem denkenden Beobachter sich überzeugend aufdrängen. Da ist zunächst die unabweisbare erzieherische Wechselwirkung zwischen Militär und Gewerkschaft. Die Gewöhnung an strenge Disziplin, die der junge Arbeiter aus der Soldatenzeit mitbringt, läßt ihn sich gleich als in ein Gewand aus der Disziplin der Gewerkschaften einfügen, und diese lehrt ihn, je länger je mehr, bewußt die Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtwohrntätigkeit üben und erhält so und pflegt fort letzten Endes volkshafte Eigenschaften, die wieder, wie wir es jetzt erleben, Herr und Vaterland zugute kommen. Es scheint mir sehr notwendig, auf diese Seite der Gewerkschaftsbewegung recht nachdrücklich hinzuweisen, weil wir die Sache begrifflicherweise zunächst nur unter dem Gesichtswinkel der Arbeitgeberinteressen zu betrachten gewöhnt sind. Aber hier tritt eine Auswirkung der Arbeitergewerkschaften auf, die über den engeren Kreis der Volks- und Privatwirtschaft hinausgreift in die Sphäre großer allgemeiner Staatsinteressen. Und in dieser Richtung geht auch die sozialistische Seite der Gewerkschaftsbewegung zum Cyclus und Entbehren für gemeinsame Interessen überhaupt. Verhältnisse, die wir uns doch nicht der Erkenntnis, daß das Aufgeben der Arbeitsstelle um gewisser realer oder idealer Forderungen der Arbeiterklasse willen eine Handlung ist, die neben ihrer rechtlichen und oft auch für uns und weitere Volkswirtschaft recht unerwünschten wirtschaftlichen Seite meist eine Seite mit stark heroischem Einschlag hat. Leute, die dazu erzogen sind, um höherer Allgemeininteressen willen (hier zunächst der Arbeiterklasse) ihr eigenes individuelles Wohagen, Erfinden und Verborgung der Familie auf lange in Frage zu stellen, bringen doch recht brauchbares Material für einen guten Staatsbürger mit — sehen wir das nicht auch jetzt sich betätigen? — Meist selbstverständlich für uns Arbeiter, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete Vertreter oft stark widerstreitender Interessen sind, die wir mit aller Energie von dem Standpunkte aus, auf den wir nun einmal gestellt sind, wahrzunehmen haben. Aber man wird erwarten dürfen, daß wir nicht wie die Engländer nur den Maßstab unserer materiellen Interessen an Dinge und Menschen legen, sondern unsere vielbereichere tiefere Bildung dazu beverten, auch da, wo unsere eigentümlichen wirtschaftlichen Interessen im Spiele sind, sachlich genug zu bleiben, um auch den Standpunkt der anderen Seite menschlich und seine staatlichen Auswirkungen zu begreifen und zu würdigen. Das müßte zu einem Verhalten führen, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei voller Klarheit über gewisse nicht zu beseitigende Interessengegensätze auf die Dauer dem großen Erlebnis unserer Volks- und Weltgemeinschaft gemäß zu gestalten.“

Das ist als Reichen wachsenden Erkenntnis aller Ehren wert. Die „Magdeb. Ztg.“ steht in der nationalliberalen Partei ungefähr auf einer mittleren Linie, immerhin mehr nach rechts. Allein wird ja der Mann, der neue Erkenntnis gewonnen, nicht stehen, aber daß die Herren von der schweren Industrie sich anschließen, wird er selbst kaum glauben.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Ministerialdirektor Richter hielt in Berlin unter zahlreicher Beteiligung von Zivil- und Militärärzten einen Vortrag über den sanitären Aufbau Ostpreußens. Die feinerzeit überall verbreitete Nachricht, sagte er u. a., daß zahlreiche Russen in die masurenischen Seen getrieben worden seien, habe sich als Legende erwiesen. Die Befürchtung, daß die Seen verschmutzt sein könnten, sei irrig. Die von den Russen beschmutzten Brunnen wurden gereinigt und wo die Reinigung nicht möglich war, durch neue Anlagen ersetzt.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Georg Davidson ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, zum zweiten Male verwundet worden. Er erlitt in Serbien einen Schuß in den Mund, wobei er eine Anzahl Zähne verlor.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling hat vor einiger Zeit im bayerischen Landtag erklärt, daß über den bekannten Ersatz, der den Eisenbahnern das Koalitionsrecht nimmt, eine Verständigung zwischen den deutschen Eisenbahnern und den bayerischen Eisenbahnen herbeigeführt werden soll. Diese Konvention hat am 4. und 5. November in Berlin stattgefunden, einigte sich aber dahin, die gefassten Beschlüsse in der Eisenbahnerfrage vorläufig geheim zu halten. — Diese Geheimhaltung kündigt für die Eisenbahner nichts Gutes.

Zur Erinnerung an seine vor 25 Jahren erfolgte Gründung hielt der Gesamtvorstand des „Volkvereins“ für das katholische Deutschland in Frankfurt a. M. eine Gedenkfeier ab. Zum ersten Vorsitzenden wurde Abg. Trimborn, zum zweiten Vorsitzenden Abg. Gröber gewählt. Hinter dem Namen Volkverein verbirgt sich eine gewaltige Organisation, die im Dienste der Agitation für das Zentrum steht.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, wurde in Mülhausen i. E. L. der frühere Lehrer Julius Adam am 3. November erschossen. Der Oberbesitzer aus dem Armees Hauptquartier gibt bekannt, daß Adam durch das Gericht der Stappentkommandantur Mülhausen zum Tode verurteilt wurde, weil er als bezahlter Spion Frankreich Dienste leistete.

Die Zeichnung auf die dritte österreichische Kriegsanleihe erreichte bisher den Betrag von 4015 Millionen Kronen.

Unsere verehrten Subskribenten wollen, falls sie eine Nummer der „Volksstimme“ nicht erhalten, diese sofort bei der Post reklamieren. Die Post hat dann die fehlende Nummer von uns zu verlangen und nachzuliefern.

Kommen öfter Verpötnungen vor — und dies wird uns sehr mehrfach aus abgelegenen Orten gemeldet —, so erbitten wir genaue Angabe, an welchen Tagen die Abonnenten unser Blatt nicht erhalten, bzw. bei der Post reklamieren haben. Wir werden dann Bescheid bei der Postdirektion einreichen.

Kriegsfreiwillige und Beamtenehalt.

Die dem „Berl. Ztbl.“ aus Leipzig geschrieben wird, heißt es in einer vom kaiserlichen Ministerium erlassenen Verfügung, in der Grundzüge über die Weiterbehandlung von Beamten an die zum Kriegsdienst einberufenen Staatsbediensteten aufgestellt werden, betreffend der kriegsfreiwilligen Beamten: „Nach den Umständen des Falles würde nur zu erwägen sein, ob eine disziplinarische Abmahnung eines eigenmächtigen Vorgehens herbeigeführt werden soll.“

Man wird es natürlich nicht billigen können, wenn Beamte dafür disziplinarisch bestraft werden sollen, daß sie sich bei Kriegsausbruch freiwillig gestellt haben. Trotzdem kann man in der Beurteilung des einzelnen Falles recht verschiedener Meinung sein. Es haben sich nämlich eine Menge Beamte mit Gehältern bis zu 3600 Mark bei Kriegsausbruch zu Stellen in der Verwaltung gemeldet und sind auch angenommen worden. Sie beziehen nun nicht nur ihr Gehalt unverkürzt weiter, sondern erhalten auch das Gehalt der Stelle, die sie in der militärischen Verwaltung bekleiden, mit allen Nebenbezügen noch extra dazu. Beamte dieser Art stehen sich weit besser, als ein Leutnant, der in der Front vor dem Feinde steht. Aber diese Dinge wird nach dem Kriege im Reichstag noch recht eingehend zu reden sein.

Neues aus aller Welt.

Schredensstet einer Mutter. In einem Hotel bei Vindan am Bodensee erschloß die Frau eines Feuerwerkshauptmannes ihren zehnjährigen Sohn und durchschnitt sich dann an den Füßen und beiden Händen die Schlagadern. Die Frau ist noch am Leben. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Die Unterschliffe bei dem Schaffhauserischen Bankverein in der Kölner Depotkassette des letzteren sollen bis in das Jahr 1909 zurückreichen. Ein großer Teil der veruntreuten Summe, die in Kölner Finanzkreisen höher als eine Million Mark geschätzt wird, sei durch die Vermögenswerte der Ungetreuen gedeckt.

Telegramme.

Gottes Segen bei Krupp.

Essen, 9. Nov. Die heutige Generalversammlung der Friedr. Krupp A.-G., Essen, hatte über den Betrag von zusammen 95 850 368 Mark Gewinn Beschluß zu fassen. Dieser Gewinn rührt daher, daß die Ablieferungen für deutsche Rechnung im abgelaufenen Geschäftsjahre fast den 2/3-fachen Betrag des entsprechenden Gesamtumsatzes (zu- und Ausland) im Vorjahre erreicht haben. Von dem Reingewinn fallen 5 Prozent = 4 793 281 Mark (i. B. 1 695 211 Mark) der gezielten Rücklage zu. Die Sonderrücklage wird um 3 Mill. Mark (i. B. 2 Mill. Mark) vergrößert und für besondere Abfertigungen und Erneuerungen werden weitere 5 Mill. Mark (i. B. 0) bereitgestellt. Ferner werden zur Bestreitung der Kriegsbeteiligungen im laufenden Jahre 5 Mill. Mark und zum Bau größerer Arbeiterwohnungen für kinderreiche Familien 5 Mill. Mark zur Verfügung gestellt, sowie an außerordentlichen Zuwendungen für Zwecke der Pensionskassen und der Invalidenstiftung je 3 Mill. Mark, zusammen also 6 Mill. Mark bewilligt; endlich werden für etwaige aus dem Kriege sich ergebende Anforderungen und Schäden 10 Mill. Mark zurückgestellt. Im Vorjahre wurden der Arbeiter-Pensionskasse 1 Mill. Mark und dem Arbeiterurlaubsfonds 2 Mill. Mark überwiesen, ferner für Kriegsbeteiligungen und dergleichen 3 Mill. Mark zur Verfügung gestellt. Nach Abzug dieser Beträge der Bezüge des Aufsichtsrats und bei Einstellung eines der vorjährigen Höhe etwa gleichkommenden Vortrags auf neue Rechnung von rund 10 Mill. Mark verbleibt ein Gewinnbetrag von 47,4 Mill. Mark, der nach den bisherigen geschäftlichen Gepflogenheiten die Verteilung einer Dividende in Höhe von 24 Prozent gestatten würde. Da aber die Familie die Absicht hat, in diesem Kriegsjahre keine höhere Dividende als vor dem Kriege zu beziehen und den die vorjährige Dividende übersteigenden Betrag der Kriegsfürsorge für die Allgemeinheit zuzuführen, so ist die Dividende auf 12 Prozent wie im Vorjahre festgesetzt worden. Aus dem überschüssigen Betrag von 23,7 Mill. Mark wird im Anschluß an die „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“ eine der Allgemeinheit dienende Krupp-Stiftung errichtet werden, die insbesondere zugunsten von kinderreichen Familien gefallener oder schwerbeschädigter Krieger dienen und mit einem Kapital von 20 Mill. Mark ausgestattet werden, während der Restbetrag mit 2,7 Mill. Mark sonstigen Einnahmen der Allgemeinen Kriegsfürsorge, namentlich der Förderung der deutschen Ostmark, zugewendet werden soll. Die Bestimmung der Satzungen der Krupp-Stiftung und der sonstigen näheren Bestimmungen über die Verwendung der für allgemeine Zwecke zur Verfügung gestellten Beträge wird dem Vorstehenden des Aufsichtsrats im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen überlassen.

Mittrauen in die englische Regierung.

London, 10. Nov. (B. B. Nichtamtlich.) Im englischen Oberhaus kritisierte Lord Milner die Zensur, namentlich die Verurteilung der deutschen Funkentelegraphen, die Zensur könne doch nicht verhindern, daß die deutsche Regierung unterdrückt, daß die Bemannung eines deutschen U-Bootes von britischen Matrosen ermordet worden sei. Diese Unterdrückung wurde vielfach als ein Eingeständnis der Schuld angesehen. Dazu kommt die beständige Zurechnung des Publikums durch optimistisch zurückgemachte Kriegsberichte. Lord Milner kritisierte sodann die Balkanpolitik und sagte: „Ich weiß nicht, weshalb die griechische Krise uns überrascht hat; sie überraschte uns nicht nur, sondern sie hat uns völlig zu Boden geworfen. Wir verharren in dieser Lage, bis Joffre herüberkam, um uns zu helfen und einen Entschluß zu fassen.“ Milner kritisierte die vielbesprochene Rede des Lord Grey Ende September, die allgemein als ein unbedingtes Stillhalten an Serbien angesehen worden ist und sagte: „Künftig werden die Nationen unsere Erklärungen und besonders unsere Versprechungen und Verpflichtungen zur Unterstützung sehr genau prüfen; sie werden sie nicht zum Nennwerte nehmen, sondern von allen Seiten betrachtet und nachsehen, wo die Falle steht. Man muß daher auch die letzten Versicherungen Asquiths sehr genau prüfen. Er sagte, wir können nicht zulassen, daß Serbien eine Beute der Zentralmächte und Bulgariens wird. Aber heute ist es ihre Beute. Asquith versicherte Serbien, daß es ruhig sein könne und daß die britische Regierung seine Unabhängigkeit als wesentliches Ziel der Alliierten betrachte. Aber diese Erklärung scheint noch unbestimmter als diejenige des Lord Grey. Wenn die Unabhängigkeit Serbiens in einigen Wochen der Vergangenheit angehört, dann wird Asquith vielleicht gar

nicht in Sorge sein, was die Auslegung seiner Worte betrifft. Vielleicht wird das Haus dann erfahren, wieviel oder wie wenig seine Worte bedeuteten.“ Milner schloß: „Was mich über das Kabinett beunruhigt, ist, daß die Elemente der Kraft auseinander. Es verlor Carson und es verliert, mindestens zeitweilig, Biddener. Ich wage vorauszusagen, daß Biddeners Abwesenheit sich sehr beträchtlich hinziehen wird.“

Die amerikanische Protektnote.

London, 9. Nov. Die amerikanische Note an England hat in ihren bemerkenswerten Teilen den folgenden Wortlaut:

Die Beziehungen betreffen drei Punkte: 1. das Anhalten amerikanischer Schiffe und Ladungen, 2. die Blockade und 3. die Forderung, daß die durch die englische Politik geschädigten amerikanischen Interessen die Rechte vor einem englischen Preisengericht suchen sollen.

Beim ersten Punkt betrafte die Note das Verfahren, die Schiffe nicht auf hoher See zu durchsuchen, sondern in einen Hafen zu schleppen, und beschwerte sich, daß die englische königliche Verordnung vom 3. August die hundertjährige Übung der Preisengerichte aufgehoben habe, nach der bei der Durchsuchung nur die Schiffs-papiere, die Art der Ladung und die eideschwurigen Aussagen von Offizieren und Matrosen als Beweis dafür gegolten hätten, ob Waren vorlag oder nicht, während jetzt die Schiffe auf bloßen Verdacht hin beschlagnahmt und festgehalten werden. Durch dieses neue Verfahren werden den Kaufleuten so hohe Verluste an Zeit und Geld verursacht, daß ein großer Teil des amerikanischen Ausfuhrhandels nach den europäischen Ländern vernichtet worden ist. Die Annahme, daß gewisse Güter, wie Gummi und Baumwolle, von vornherein als für Feindesland bestimmt anzusehen seien, öffnet dem Mißbrauch des Kriegsgesetzes Tür und Tor. Die Note betont, daß nicht nur die amerikanischen, sondern auch die englische Ausfuhr nach diesen neutralen Ländern gestiegen sei. Die amerikanische Ausfuhr müßte bei dieser Behandlung in demselben Maße leiden, in dem die englische Ausfuhr zunimmt. Es geht den neutralen Verkäufern nichts an und es berührt sein Handelsrecht nicht, wenn das Bestimmungsland Güter später an ein feindliches Land weiter verkauft. Die Beschlagnahme ist auch nicht gerechtfertigt, wenn es sich um bedingtes Kontrakt handelt, das durch ein neutrales Land an ein feindliches Land ausgeführt wird. Die Vereinigten Staaten sehen sich daher genötigt, die Beschlagnahme von Schiffen auf bloßen Verdacht hin und ihre Behandlung nach der königlichen Verordnung vom 11. März anzusehen. Die Regierung vertraut auf die Einhaltung der Grundsätze der Gerechtigkeit, die die englische Regierung vor dem Kriege so oft und unparteiisch vertreten hat, und nimmt an, daß die englische Regierung ihre Offiziere anweisen wird, dieses zugebilligte und ungeschwähigte Vorgehen zu unterlassen.

Beim zweiten Punkt macht die amerikanische Regierung besonders auf die sogenannte „Blockade“ auf Grund der königlichen Verordnung vom 11. März aufmerksam und sagt: England will Deutschland und Oesterreich-Ungarn blockieren, hat aber versichert, daß es den Handel mit den Nachbarländern nicht beeinträchtigen wolle. Doch eine Erfahrung von sechs Monaten hat die amerikanischen Bürger gelehrt, daß England mit seinen Bemühungen, zwischen feindlichem und neutralem Handel zu unterscheiden, keinen Erfolg hatte. In den neutralen Ländern wurden besondere Begünstigungen geschaffen, aber die amerikanischen Handelsinteressen sind durch die verwickelte Art dieser Einrichtungen behindert, und viele amerikanische Bürger beschwerten sich mit Recht darüber, daß ihr in gutem Glauben geführter Handel mit Neutralen wesentlich verringert und vielfach ganz unterbrochen wurde. Das englische Vorgehen gegen den neutralen Handel wird ihm so beschwerlich, als die englische Behörde die Konjunktur zum Zwecke fordert, daß die Güter nicht für Feinde Englands bestimmt sind. Das geschieht selbst dann, wenn diese Güter auf der Embargolisten des neutralen Bestimmungslandes stehen. Die Vereinigten Staaten waren anfangs geneigt, die sogenannten britischen Blockadenregeln milde zu beurteilen. Nach den englischen Ausführungsbestimmungen aber sind sie gezwungen, zu erklären, daß ihre Erwartungen auf einem Mißverständnis der Absichten der englischen Regierung beruht haben. Die amerikanische Regierung hat, um Streit zu vermeiden und in der Erwartung, daß die Anwendung der königlichen Verordnung den anerkannten Regeln des Völkerrechts entsprechen würde, sich bisher enthalten, die tatsächliche Rechtmäßigkeit der angeblichen Blockade zu beanstanden. Aber unter den jetzigen Umständen darf sie sie nicht länger unangefochten lassen. Die Note widmet ausführlich die juristische Gültigkeit der Blockade und sagt schließlich: Die amerikanische Regierung sieht sich daher genötigt, der englischen Regierung in aller Form anzugeben, daß die Blockade, die England mit der königlichen Verordnung vom 11. März errichtet zu haben behauptet, von den Vereinigten Staaten nichts als rechtmäßige Blockade angesehen werden kann.

Der dritte Beschwerdepunkt ist, daß amerikanische Bürger in britischen Preisengerichtshöfen ihr Recht suchen sollen und daß die britische Regierung, bevor nicht solche Prozesse mit einer Rechtsüberzeugung beendet haben, über die einzelnen Fälle nicht diplomatisch verhandeln will. Die Note betont, daß die Entscheidungen der Preisengerichte durch königliche Verordnungen gebunden seien, deren Inhalt den Grundsätzen eines Streites mit den Vereinigten Staaten bilde. Die Note weist rechtsgeschichtlich die Unhaltbarkeit des britischen Standpunktes nach und weist u. a. auf darauf hin, daß England im Vorkrieg die deutschen Schiffe „Hera“, „General“ und „Bundesrat“ ohne Verhandlungen vor dem Preisengericht freigegeben und die Entschädigungsfrage diplomatisch geregelt habe. Die Preisengerichte, sagt die Note weiter, könnten ferner nicht den Schaden vergüten, den die allgemeine Unsicherheit der Lage verursache, welcher aus der ungesicherten Seerechtsposition Englands entspringe. Die Entschädigung der britischen Preisengerichte müsse auch deshalb abgelehnt werden, weil Rechtskraft einer kriegsführenden Macht für neutrale Länder nicht bindend seien. Die Ausübung der Rechte kriegsführender Mächte werde durch internationale Rechte geregelt.

Die Regierung hat mit Ueberraschung und Sorge den Versuch der englischen Regierung bemerkt, durch eine so ungeschwähigte Ausübung der Gewalt englischen Gerichtshöfen die Rechtsprechung über die auf offener See beschlagnahmten neutralen Ladungen zu übertragen, die rechtmäßig nur in territorialen Gewässern ausgeübt werden darf. Die amerikanische Regierung glaubt, daß man ihr unter diesen Umständen nicht zumuten kann, den amerikanischen Bürgern zu raten, daß sie Schadenersatz vor Gerichtshöfen suchen, die nicht ermächtigt sind, durch uneingeschränkte Anwendung des Völkerrechts Entschädigungen zu bewilligen oder die davor zurückstehen, ihre Ansprüche der englischen Regierung unmittelbar auf diplomatischem Wege vorzulegen.

Die Note fährt fort: Die Regierung erklärt, daß die Freigabe der Schiffe nur erfolgt, wenn der Läger Lagersgebühren, Hafengebühren, Hafensollgebühren, Lagergebühren usw. zahlte oder sich verpflichtet, später keine Ersatzansprüche geltend zu machen. Der amerikanische Regierung ist der Gedanke widerwärtig, daß amerikanische Bürger eine solche unvornehme Behandlung erfahren sollen. Damit die Haltung der amerikanischen Regierung deutlich verstanden wird, erklärt sie bei dieser Gelegenheit, daß keine Regierung die Rechtmäßigkeit solcher Verlaungen nicht anerkennt und bekräftigt, daß diplomatische oder andere Rechtsmittel dadurch außer Kraft gesetzt würden. Die amerikanische Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie sich keinesfalls des Rechts begeben, gegen den Anspruch der englischen Regierung, bestimmte Güter auf die Konjunkturliste zu setzen, Einspruch zu erheben.

Vom Kampf in Serbien.

Athen, 9. Nov. (B. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Auf der serbischen Front ist die Lage der

Serben und der Alliierten sehr zufriedenstellend. Auf der Straße Krivolac-Beles erreichten die Franzosen Gradska. Ein heftiger bulgarischer Angriff gegen Krivolac wurde zurückgeworfen. Die Franzosen besetzten Komental. Nordwestlich von Gungahli dauert der französische Vormarsch an. Cetinje, 9. Nov. (B. B. Nichtamtlich.) Die Agence Havas meldet vom 7. November: Die österreichische Offensive auf der Front an der Herzegowina und an der Drina dauert an. Alle Angriffe des Feindes wurden zurückgeworfen.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Mittwoch, 10. Nov., 7 Uhr: „Herrschafflicher Diener gesucht“. Donnerstag, 11. Nov., 7 Uhr: „Mutterkade“. Freitag, 12. Nov., 8 Uhr (Vollvorstellung): „Im bunten Rod“. Samstag, 13. Nov., 7 Uhr (Neuheit): „Seine einzige Frau“. Sonntag, 14. Nov., 1/4 Uhr: „Der Schwabenstreich“. Halbe Preise. — 7 Uhr: „Seine einzige Frau“.

Carl Müller, Optiker, Langgasse 45.
Anfertigung aller Kassenrezepte.

Anmeldung zur Rekrutierungstammrolle

Die 1893, 1894, 1895 und früher geborenen Militärpflichtigen, über welche eine endgültige Entscheidung bisher noch nicht getroffen ist, d. h. die vorläufig zurück-gesetzt oder von der Bestellung zur Musterung entbunden waren, werden hiermit aufgefordert, sich

am Freitag den 12. und Samstag den 13. November er., vormittags von 8^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr, auf Zimmer Nr. 51 des Rathhauses

unter Vorlage ihrer Musterungsausweise bzw. Berechtigungsscheine zur Stammrolle anzumelden. Die Unterlassung der Anmeldung zur Stammrolle in der oben angegebenen Zeit wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen geahndet.

Wiesbaden, den 10. November 1915.

Der Magistrat.

Kleinverkaufspreise in Biebrich.

Für die Zeit von Mittwoch den 10. November bis einschließlich Dienstag den 16. November sind im Kleinhandel folgende Preise für mittlere und gute Ware angemessen.

Händler, die höhere Preise fordern, und Käufer, die solche bezahlen, setzen sich der Gefahr der Bestrafung mit Gefängnis bis zu einem Jahre aus.

A. Kolonialwaren.	
Weizen-Brotmehl (Kriegsmehl)	Pfd. 25-27 Pfg.
Gersten mit Schale	56-60 "
Gersten, geschält	60-68 "
Bohnen	51-60 "
Malzgerst	46-50 "
Gersten, grob	50-52 "
Gersten, mittel und fein	60-65 "
Malzkeis	84 "
Wassermehl und Suppentieg	56-60 "
Gerstendeln	Pfd. von 74 Pfg. an
Kaffee, lose	2,40-3,- M.
Schokolade	von 1,25 M. an
Kaffee, gebrannt	von 1,80 M. an
Malzkeis	Pfd. 50-55 Pfg.
Salz, grob	11 "
Salz, fein	12 "
Rüben, gemahlen	31-33 "
Büchseleider	32-34 "
Salatöl, lose abgemessen	Pf. 4,- M.
Tafelzucker	Pf. von 14 Pfg. an
Berliner	Stück 15-18 "
Holl. Butterfing (Superior)	20-25 "
Butterfing	Pfd. von 45 Pfg. an
Dampfmehl	Pfd. 80-90 Pfg.
Kernseife, weiß	1,- M.
Kernseife, gelb	98 Pfg.
Kernseife, ungelb	70 "
Winterseife, weiß	75 "
Winterseife, gelb	bis 90 "
Butter, 1 Kilo	Stück 20-22 Pfg.

B. Gemüse, Obst.	
Kartoffeln aller Art	Bund 4,06 Pfg.
Weißkohl	Bund 6-8 Pfg.
Wirsing	Bund 12 Pfg.
Rotkohl	Bund 12 Pfg.
Brinnskohl	Bund 10-12 Pfg.
Winterrüben (Blaukraut)	Bund 35-40 Pfg.
Winterrüben (oberirdische)	Bund 12-15 Pfg.
Winterrüben (Erdtrüben)	Stück 4-8 Pfg.
Spinat	Stück 15-20 Pfg.
Weiße Rüben	Bund 10-12 Pfg.
arotten	Bund 10-12 Pfg.
Rote Rüben	Bund 9-12 Pfg.
Weiße Rüben	Bund 8-12 Pfg.
Schwartzkohl	Bund 20 Pfg.
Kopfsalat	Stück 5-8 Pfg.
Chloridialat	Stück 10-15 Pfg.
Reisbrot	Bund 25 Pfg.
Wirsing	Bund 25-30 Pfg.
Blumenkohl	Bund 25-30 Pfg.
Champignons	Stück 15-20 Pfg.
Champignons	Bund 14-20 Pfg.
Champignons	Bund 9-12 Pfg.
Champignons	Bund 10-25 Pfg.
Champignons	Bund 8-12 Pfg.
Champignons	Bund 60-70 Pfg.
Champignons	Bund 40-50 Pfg.

Biebrich (Rhein), den 9. November 1915.

Der Magistrat: Vogt.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege

Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung der deutschen Politik. Von B. Rüb. Preis 50 Pfg. Auswärts Porto 5 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme